



19. Tagung des PSI-Lenkungsausschusses – 17.-18. November 2015

ENTSCHLIESSUNG

Antwort auf die Veröffentlichung des Textes des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens

Der Text des Transpazifischen Partnerschaftsabkommens (TPP) hat zahlreiche unserer Befürchtungen bestätigt - das Abkommen ist einseitig auf die Interessen der Unternehmen ausgerichtet und wird zutiefst negative Auswirkungen auf lebenswichtige öffentliche Dienste haben.

Da der Wortlaut während der gesamten Verhandlungen geheim geblieben ist, mussten sich die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft auf zugespielte Kapitel und Hörensagen verlassen, um sich überhaupt zu dem Abkommen äußern zu können. Mittlerweile ist es den Unternehmen aufgrund ihrer großen Lobbykraft gelungen, einige ihrer wichtigsten Interessen in dem Abkommen zu verankern. Zwar werden die gesamten 1.600 Seiten des Vertragswerks noch geprüft, erste Analysen zeigen aber beunruhigende Ergebnisse.

PSI hat Bedenken, dass TPP:

- weltweit zu zusätzlichen Ungleichheiten in einer Zeit führt, die in der mehr gegen die zunehmenden Ungleichheiten unternommen werden müsste. TPP stellt einen Schritt in die falsche Richtung dar;
- große multinationale Konzerne noch mehr Macht gewinnen und ihre Einflussmöglichkeiten auf Regierungen und Menschen weiter zementiert werden;
- den Zugang zu bezahlbaren Medikamenten begrenzt. Médecins Sans Frontières beschreibt das Abkommen als „den schädlichsten Pakt aller Zeiten im Hinblick auf den Zugang zu Medikamenten in Entwicklungsländern“. Die Patentklausel, für die sich die Pharmakonzerne in den USA mit ihrer Lobbyarbeit besonders eingesetzt haben, sorgt dafür, dass Arzneimittel zwar zur Verfügung stehen, allerdings erst Jahre nach ihrem ersten Inverkehrbringen *zugänglich* sein werden und der Steuerzahler oder einzelne Personen dafür hohe Kosten tragen müssen;
- Rechtsvorschriften für die öffentliche Gesundheit unterläuft. Laut TPP müssen die einzelstaatlichen Regierungen einen formellen Mechanismus einrichten, über den die Tabakindustrie über geplante Gesetzesänderungen informiert wird. Das steht im Gegensatz zum WHO-Tabak-Kontrollvertrag, der Regierungen dringend dazu auffordert, ihre Gesetzgebung vor der Einflussnahme durch Konzerne zu schützen;
- Unternehmen die Möglichkeit eröffnet, Regierungen in Anwendung des Investor-Staat-Schiedsverfahrens (ISDS) zu verklagen, wenn diese Gesetze verabschieden, die die Gewinne von Unternehmen beeinträchtigen können. Diese Klausel hebt die Demokratie und die Souveränität des Staates aus und wird Regierungen davon abhalten, legitime regulatorische Ziele und Ziele der öffentlichen Politik zu verfolgen;
- zahlreiche Arbeitnehmerrechte nicht beachtet. Konzerne können zwar Regierungen vor einem internationalen Gericht verklagen, arbeitsrechtliche Fälle müssen aber nach wie vor auf zwischenstaatlicher Ebene behandelt werden. Das Abkommen scheint nur Beschwerden wegen des Verstoßes gegen Arbeitsrecht zu ermöglichen, die Handel und Investitionen betreffen; damit wären die Beschäftigten des öffentlichen Sektors weitgehend ausgeschlossen. Regierungen könnten auch davon abgehalten werden, Rechtsvorschriften wie z.B. weitere Mindestlohngesetze zu erlassen, da die Gefahr von Unternehmensklagen aufgrund negativer Auswirkungen auf ihre Gewinnsituation besteht.

TPP stellt eine signifikante Bedrohung der Fähigkeit von Regierungen dar, qualitativ hochwertige öffentliche Dienste im Interesse des Gemeinwohls zur Verfügung zu stellen, Ungleichheiten zu beseitigen und die Demokratie zu schützen. PSI fordert die Regierungen nachdrücklich auf, die negativen Auswirkungen dieses Abkommens auf die Menschen zur Kenntnis zu nehmen und sich nicht an dem Abkommen zu beteiligen.

PSI fordert die Mitglieder in den TPP-Ländern auf, im Rahmen von Mobilisierungskampagnen dafür zu sorgen, dass das Abkommen nicht auf nationaler Ebene gebilligt wird, und sagt die Unterstützung aller entsprechenden Maßnahmen zu.

Die Internationale der Öffentlichen Dienste (PSI) ist eine internationale Gewerkschaftsföderation. Sie vertritt 20 Millionen Frauen und Männer, die in mehr als 150 Ländern der Welt lebenswichtige öffentliche Dienste erbringen. Die PSI setzt sich für Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit ein und fördert den universellen Zugang zu hochwertigen öffentlichen Diensten. Die PSI kooperiert mit den Vereinten Nationen und deren Unterorganisationen und arbeitet in Partnerschaft mit anderen Gewerkschaftsorganisationen und Gruppen der Zivilgesellschaft.